

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Gerber, Industriehalle
Kistbach-Zürich

Bestellungen
franco gegen franco.
Geldbriefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
desse Bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wortjahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontingenz)
Fr. 2.— für Deutschland (Kontingenz)
Fr. 1. 70 für Österreich (Kontingenz)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontingenz).

Inserate
Die dreispaltige Zeitspalte
25 Gt. — 20 Wg.

N^o. 29.

Sonntag, 18. Juli.

1880.

Wiss an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, bezug. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die größte Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag, selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfängliche Zustellungsbefehle mitgeteilt werden. In zweifelsfällen empfiehlt sich deshalb größter Sicherheit Kommandoanweisung. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Flugschriften-Fonds.

Von den roten Postkassen bei der Geburtstagsfeier (Fr. 1. 25)
M. 1.—; Ges. v. Zusammenkunft d. D. Ver. Maras u. Schwanden
(Fr. 4.—) M. 3. 20; Augsburg M. 15.—; Ertrag einer Abendunter-
haltung d. D. Ver. Zürich (Fr. 27) M. 21. 02; W. V. G. (S. R.—) 30
M. — 50; Deutsche Genossen Paris (Fr. 6.—) M. 4. 80; W. V. Na:
M. 3.—; L. M. H. M. 5.—; S. J. Paris (Fr. 2. 50) M. 2.—;
v. König Nils's Sing- und Rechenkünsten: (Fr. 2. 85) M. 2. 28;
Samerkrant u. Co. M. 1.—; W. u. Co. Berlin M. 30.—; Kassenfund
in Pest (S. R. 1. 50) M. 2. 20; Frau Baronin v. Juchter, übrige Reichs-
moneten 3/16; vom Reichsmantel M. 5. 20; — f., Pfalz M. 10.—;
Deutscher Ver. Zürich (Fr. 3. 28) M. 2. 62; Deutscher Ver. Maras
(Fr. 1.—) M. — 80; Antwerpen B. (Fr. 3.—) M. 2. 40; M. V. Bgh.
M. 4.—; Hamburg f. Hellroth u. Blasroth M. 6. 25; Bergermeister
in G. M. 4.— u. M. 2. 50; zusammen M. 131. 82
früher eingegangen „ 448. 82
Gesamtsumme M. 580. 64

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Augsburg 5.—; Erfurt 22.—; Dresden 30.—; Jork i. L. 10.—;
Bamberg 1.—; D. Leipzig — 90; Herren Gottfried, Ferdinand, Gustav
in Stötterich 7. 50; Leipzig 80.—; Barmen 80.—; Leipzig 9.—; Ulm 50.—;
Hannover 5.—; Schweidnitz 2.—; Stuttgart 30.—; Luxemburg 80.—;
Landshut i. B. 2.—; Danzig 100.—; Jankert 60.—; Augsburg
25.—; Jittau 5.—; Grambow 1. 50; Leipzig 11. 20; Freiberg i. S. 1.—;
Königsberg i. Pr. 10.—; S. Leipzig 1.—; Braub. a. B. 1.—; Pader-
born 5.—; Königsberg i. Pr. 30.—; Kassel 4.—; von Eugen
gesammelt (Fr. 2. 20) 1. 75; v. D. Zürich für 10 Hofmeister (Fr.
1. 25); 1.—; J. R. W. i. Dresden (Fr. 1. 50) 1. 20; H. Wyl das. (Fr. 1.—)
— 80; Antwerpen B. (Fr. 3. 50) 2. 80; von einem Rothen 5.—; Selbst-
besonderung, VIII. 1. Zürich (Fr. 36. 20) 29. 82; zusammen M. 691. 17
früher eingegangen „ 15. 579. 50
Gesamtsumme M. 16. 279. 67

Allgemeiner Wahlfonds.

B. U. M. 20.—; früher eingegangen M. 186. 38
zusammen M. 206. 38

Allgemeine Verneuerung.

Hört ihr Bestrengen, hört ihr Weisen:
Der Hunger zieht von Ort zu Ort;
Ihr wißt die Bürger auszuweihen,
Sagt, warum jagt ihr ihn nicht fort?
Dem Volk mag Alles sich vertheuern,
Es sei die Last noch so leer,
Ihr fordert immer neue Steuern
Und immer fordert ihr noch mehr!

Ihr mächtig herrschenden Gewalten,
Bei euch ist jeder vogelfrei,
Der's wagt, es mit dem Recht zu halten —
Für ihn habt ihr die Folter;
Denn euer lechtes, ein'ges Mittel
Und euer Schirm und eure Wehr,
Das ist des heil'gen Reiches Mittel,
Drum werden auch die Büttel mehr.

Wenn keiner goldnen Ähren
Belohnt des Landmanns Fleiß und Schweiß,
Wenn ihm auch keine Früchte winken
Nach allen Mühen schwer und heiß,
Wenn auch die Ernte nicht gerathen
Und Roth und Sorge drücken schwer:
Wir haben prächtige Soldaten,
Und die Soldaten werden mehr.

Kaum will es nach dem Volk geigen,
Dem Volk, das für euch darbt und schafft,
Die Lasten alle aufzubringen
Mit äußerster, mit letzter Kraft,
Und ihr, die Knechte der Despoten,
Ihr ohne Scham und ohne Ehr,
Was habet ihr nicht schon verboten?
Und die Verbote werden mehr.

Nie aber werdet ihr bezwingen
Des Volkes Geist, der nimmer ruht,
Nie wird das freie Spiel geigen
Dem düstlichen Uebermuth;
Ihr werdet nie und nimmer schlagen
Der Freiheitskämpfer süßes Heer,
Denn auch in diesen schweren Tagen
Die Freiheitskämpfer werden mehr.

Chicago.

Michel Schwab.

Gegen die „neue Taktik“.

(Schluß.)

Ein kleiner Fehler läuft unserm Monopolstrategen bei seinen Folgerungen zwischen die Beine. Er geht von der falschen Voraussetzung aus, für die Abildung des Privatbetriebs des Tabakgewerbes werde eine Milliarde aufgewendet werden. Ich meine,

es fällt Bismarck gar nicht ein, das Tabakmonopol ernstlich zu wollen, so lange ihm Expropriation, Einrichtung und Betrieb desselben eine Milliarde kostet. Heute schon kauft er es vielleicht für eine dreiviertel Milliarde und wenn erst mit unserer Beihilfe — nach der nagelneuen Taktik — durch Ausschlagern mittelst „Monopolinsicht-Manipulationen“ weitere Tausende von Arbeitern und Kleinfabrikanten „ausgemärzt“ sind, dann kostet es ihm vielleicht keine halbe Milliarde. „Das ist ja recht gut, wenn er es billig für uns einkauft“, wird unser Monopolist erwidern. Nun ja, für unsern Steuerfiskus ist es schon gut, wenn es „Ihm“ mit dem Tabakmonopol eben so glückt, wie mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen; aber die Opfer sind bei der Monopolisierung des Tabakgeschäfts nicht bloß die Kapitalgebern, sondern in weit höherem Grade die Arbeitsskizzen und wenn diese ihren Haß auch auf uns werfen würden, weil wir zu ihrem Unglück beigetragen, hätten wir wohl ein Recht, uns zu beklagen? „Laßt sie nach Amerika auswandern“ sagt der Monopolist. Leider aber wird, wie wir sehen, eine seiner Voraussetzungen gar nicht eintreffen. Die Tausende, welche Bismarck jetzt schon durch seinen Monopolwindel expropriert hat, sind nicht abgefunden und so werden auch andere Tausende nicht abgefunden werden, die in gleicher Weise enteignet werden. Und was sollen denn die Tausende von Zigarettenmachern und Kleinfabrikanten alle in Amerika? Glaubt denn der Monopolist vielleicht, daß die Amerikaner dem deutschen Kanzler zu Liebe alsdann dreimal so viel Zigaretten rauchen werden, als seither, oder daß die Yankee ihren Arbeitern doppelten Lohn bei halber Arbeitsleistung zahlen werden, um die in Deutschland überflüssig gewordene „Hände“ unbeschadet der amerikanischen Tabakarbeiter beschäftigen zu können? Ich glaube kaum, denn die Ethik spielt bekanntlich in der Manchester-Oekonomie eine recht traurige Rolle und die Yankee haben sich schon lange bevor ein deutscher Minister diese Wahrheit in die Worte zusammenfaßte: „In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf“ auch des kleinsten Skrupels politischer Heuchelei in dieser Beziehung entschlagen. Im Mononymake of the hands, so bekennen sie offen, gibts für sie ebenowenig eine Moral, wie für den „Genialen“ in der Politik. Die Tabakarbeiter, die in ihrer Mehrzahl nicht so tüchtig sind, um schwere Handarbeit leisten und die Entbehrungen, die ihnen das Leben in amerikanischen Verhältnissen auferlegt, überwinden zu können, würden also in Deutschland bleiben müssen, um sich hier in anderen Erwerbszweigen Beschäftigung zu suchen. Aus unseren Anhängern hätten wir uns durch die „neue Taktik“ Feinde geschaffen.

Eine weitere unausbleibliche Folge des Bismarck'schen Tabakmonopols würde eine ungeheure Vertheuerung der Waare sein, und das Volk würde hiefür in unserem durch den Militarismus ausgezogenen Staate nicht etwa die Schuld den reaktionären Staatsverhältnissen im allgemeinen, sondern dem Staatsbetrieb der Tabakfabrikation aufbürden. Wenn alsdann ein Sozialdemokrat von den Vortheilen des Staatsbetriebs sprechen würde, wird ihm der Philister statt jeden Widerspruchs einfach den Dampf einer Reichsmonopol-Stinkadora unter die Nase blasen und hinzufügen: „Kostet einen ganzen Hamburger, wolle sagen, Reichsnickel.“ Wer vermöchte dann noch, solchem Gegenbeweis Stand zu halten?

Die von dem Monopolisten ausgeführten wirtschaftlichen Gründe sind ebenso stichhaltig wie seine politischen Gründe. Der Staat, hier das Reich, muß eine Anleihe von einer Milliarde aufnehmen, so meint ja unser Monopolist. Das in der Tabakfabrikation künftige Kapital wird dadurch flüssig werden und sich anderen Produktionszweigen zuwenden. Ich möchte, wir hätten an der früheren Milliardeninfinitiv schon mehr als genug! Wenn wir jetzt abermals mit einer Milliarde überschneemmt würden, so würden ganz dieselben Folgen eintreten, wie nach dem aus Westen gekommenen Goldwollenbrüchen. Die Verneuerung des mobilen Kapitals um eine Milliarde muß den Werth des vorhandenen Geldes herabdrücken.

Nicht so schnell aber, wie die Entwerthung des Geldes wird die Ausgleichung zwischen dem neuen Geldwerth und dem Arbeitslohn stattfinden können. Wenn nach 1870 die Arbeitslöhne sich schnell der Entwerthung des Geldes anpaßten, so lag das in dem Umstande, daß damals hunderrtausende der besten Arbeitskräfte durch den Tod auf dem Schlachtfelde, die Kriegsstärke der Okkupationstruppen in Frankreich, durch Verneuerung des stehenden Heeres, durch Restauration des Kriegsmaterials, den Bau neuer Festungswerke und neuer Eisenbahnen aus strategischen Rücksichten, der allgemeinen industriellen Arbeit und dem Landbau entzogen wurden. Die Spekulation in industriellen Unternehmungen hatte also mit Arbeitermangel zu kämpfen. Nach Monopolisierung des Tabakgeschäfts tritt jedoch der umgekehrte Fall ein. Es werden zu dem jetzt vorhandenen Massen überschüssiger Arbeitskräfte die Tausende entlohnter Tabakarbeiter auf den Arbeitsmarkt geworfen und das Angebot würde den Preis

*) Nirgendes wäre wohl das Wort „ausgemärzt“ besser angewendet, als hier; denn wie man im Monat März die Schwäne austraint (ausmärzt), welche dem Schlächter überliefert werden sollen, so werden bei jeder Monopolstrife einige Tausend Arbeiter ans Messer geliefert.

der Waare „Menschenfleisch“ so weit herabdrücken, daß er die Produktionskosten derselben nicht mehr deckt.

Dann aber ist noch zu betonen, daß das plötzliche Freiwerden einer Milliarde den Gründungsschwindel wieder entfesseln, die Ueberproduktion herbeiführen, und somit eine erneute schwere Arbeitskrise andeuten würde.

Es thut mir wirklich ganz außerordentlich leid, daß ich auch noch eine andere Mission des kindlich-unschuldigen Herzens unseres Neutaktikers zertrümmern muß. Er meint, die Regierung könne gar nicht solche erbärmliche Löhne zahlen, wie die Privatfabrikanten und werde Altersversorgungskassen und dergleichen humanitäre Einrichtungen für ihre Arbeiter errichten. Zunächst steht ja nicht einmal fest, daß die Regierung das Monopol verlangt, um die Tabakfabrikation auf Rechnung des Reichs selber zu betreiben. In Italien z. B. ist das Monopol an eine große Aktiengesellschaft verpachtet und unsere Reichsbank, die halb Staats-, halb Privataktienunternehmen ist, läßt mich recht sehr befürchten, daß die Reichsregierung diese Art der Ausbeutung des Monopols dem alleinigen Selbstbetrieb vorziehen könnte, zumal ihr auf diese Weise die Beschaffung des enormen Ablösungs- und Betriebskapitals bedeutend erleichtert würde. Gesezt aber auch den Fall, die Reichsregierung beutete auch durch Staatsbetrieb das Monopol aus, so wäre das noch gar keine Garantie dafür, daß die Arbeitslöhne nicht ebenso gedrückt würden, als es jetzt der Fall. Die Tabakarbeiterinnen in Spanien und Italien haben oft schon rebellirt, sind mit ihren Scheeren (man arbeitet daselbst mit der Scheere, bei uns hingegen mit dem Messer) den Betriebsdirektoren zu Leibe gegangen, weil die Regie ihnen wahre Hungerlöhne zahlte. Die Löhne in der österreichischen Tabakmanufaktur sind gleichfalls erbärmlich und was nun die Altersversorgung u. c. c. Kassen anbelangt, so sind diese im industriellen Staatsbetrieb eine Art Bagnokugel, die der Arbeiter wie der Galeerensträfling überall mit sich schleppt. Selbst im Schlafe verläßt sie ihn nicht, weil er befürchtet, den Herrn Feldwebel-Aufsicher selbst im Traume nicht untertänig zu grüßen, deshalb auf die Straße geworfen zu werden, und so seiner Ansprüche auf Altersversorgung, Krankenkasse, vielleicht auch die Wohnung zu verlieren.

Hierzu kommt noch, daß die Monopolwerkstätten, weil sie keine Konkurrenz zu fürchten haben, nicht so exakt zu arbeiten brauchen, um ihre Waaren verkäuflich zu machen, wie die Privatindustrie. In Folge dessen können fast ausschließlich Frauenhände beschäftigt werden, wie das thatsächlich in Frankreich, Spanien, Italien und Oesterreich der Fall ist. Die kaltgestellten männlichen Arbeiter können ja daheim die Kinder warten, Luschbeutel fabriziren, Windeln waschen, Kaffee oder Zichorienbrühe brauen und sich über die Segnungen der „neuen Taktik“ der Sozialdemokratie freuen, die ihnen Hungerfeiertage gebracht hat.

Der Trost, daß sich das in der Tabakindustrie freigeordnete Kapital andern Geschäftszweigen zuwenden würde, will bei uns auch darum nicht recht wirken, weil wir leider so „unverständlich“ sind, zu glauben, daß eine Verneuerung der Produktion bei verminderter Kaukraft kein Segen, sondern eine Kapitalvergeudung, ein Bankrotarbeiten ist.

In ähnlicher Weise hat sich der Abgeordnete Fritzsche (von dem der Monopolwärmer verlangt, „er, Fritzsche, müsse jeden Tag bereit sein, zu lernen: „das Monopol ist famos“) in seinen Reden gegen das Monopol geäußert und wir sind so sehr „offen, reinlich und zweifelsohne“ wie es der Monopolist verlangt, ihm, trotz unseres Bedauerns, ihn auf sein bestes Hühnerauge treten zu müssen, im Voraus zu sagen, daß Fritzsche bei ihm zu allerletzt in die Lehre gehen wird.

Also los gegen das Monopol!

Dbsch.

Die Propaganda im Militär.

Ein wichtiger Boden der Propaganda wurde auch vor dem Sozialistengesetz viel zu wenig von uns bebaut — die Propaganda in der Kaserne. Und doch ist ja die Haltung gerade des Militärs ein äußerst gewichtiger Faktor in der Entwicklung einer Revolution, die morgen so gut als übermorgen eintreten könnte. Wie verhielt sich nun in diesem Fall das Militär? Würde es schnell und begeistert zum Volke übergehen, mit der Disziplin, dem klawischen Gehorsam brechen, oder auf Kommando stehen, hauen, schiefen auf die eigenen Brüder? Wer objektive die Sache betrachtet, weiß, daß das letztere der Fall sein wird. Denn es ist ja, zumal im Süden des Reichs so wenig Verständnis für unsere Ziele, so wenig Verlangen für Umgestaltung der heutigen Verhältnisse in diese Kreise gedrungen. Zudem wird das bisherige Malkontentier der guten Michel und das eventuelle Erwachen ihres Verstandes durch frivol und inhumanen Betrug von Oben mit Gewalt unterdrückt; und mit gutem Erfolg! Ich zitiere — um den Genossen in Zivil einen Einblick in diese Verhältnisse zu geben — nur einige Stellen aus dem obligatorischen Instruktionssbuch der württembergischen In

fanterie; Transfeld heißt der Säbelheld, der die Ordre des „edlen“ Monarchen in die Bajonnet- und Kugelsprache über- setzte.

Die schöne Geschichte beginnt mit einem sehr schwingvollen Passus: „Preußen und unter dessen Führung ganz Deutschland ist groß, mächtig und angesehen worden durch seine tapferen Heere. Unsere Fürsten schufen aber erst diese Heere und stifteten ihnen den Geist der Mannhaftigkeit, Ehre, Tapferkeit, Zucht, Ordnung und — Selbstüberwindung (d. h. Hundegerhorsam!) ein, so daß sie ruhmvolle Kriegsthaten mit ihnen vollbringen konnten. Was unsere Väter damals und unsere älteren Kamaraden mit ihrem Blut erkauften, das müssen wir treu bewahren: Die Macht Sr. Majestät des Kaisers, die Ehre der Armee und die Größe des Vaterlands.“

Nach diesem Erguß erklärte der Verfasser den „Veruf des Soldaten“ folgendermaßen: „Im Kriege Thron und Vaterland zu verteidigen und im Frieden nöthigenfalls mit Waffengewalt den Geseßen (!) Achtung und Nachdruck zu verschaffen!“ Aber es kommt besser: „Was versteht man unter Treue? Antwort: Die feste und unerschütterliche Anhänglichkeit und Liebe zu dem Landesherrn, zu Sr. Majestät dem Kaiser und sein Haus bis zum Tode und die genaue Ausführung seiner Befehle in allen Verhältnissen!“

Das ist also Soldatenberuf und Soldatentreue! Wie heißt es doch im „Wintermärchen“?

Deutsches Volk, wenn ich dich so schaun
Im Zwangskraut der Fürsten sitzen,
Wie sie haunwerkmäßig grün und blau
Dich schlagen und treten und sitzen —
Dann süß ich des Rosenkranzes Gewicht
Durch Leid und Seele mir zusehn,
Und es reizt mich die Lust, auf die Fürsten nicht,
Rein, auf dich selber zu spucken!

Eine Gemeinheit ohne Gleichen, eine Infamie, die im bürgerlichen Leben das widerliche Schandmal auf der ehrlösen Stirne trägt und nun offiziell besohlen wird, tritt an den Tag in dem Befehl zur Denunziation, zum Verrath! „Wenn es jemand wagen sollte, in Gegenwart eines Soldaten unehrerbietig vom Kaiser, dem Landesfürsten oder deren Angehörigen zu sprechen, so hat der Soldat sofort unter Angabe von Namen und Stand des Betreffenden direkt seinem Kompagniechef darüber Meldung zu machen, damit die Untersuchung wegen Hochverraths, bezw. Majestätsbeleidigung, eingeleitet werden kann. Später, wenn der Soldat als Reservist oder Wehrmann sich im Zivilverhältniß befindet, hat er in solchem Fall sofort dem nächsten Polizisten, bezw. der Ortsbehörde die Anzeige zu machen.“ — Also zum schimpflichsten Verrath muß sich der „freie“ Deutsche kommandiren lassen! Und er läßt sich das bieten, ohne den Infamen handgreiflich zu zeigen, was es heißt, mit dem Volke ein schamlos-frechtes Spiel zu treiben! Nun, die Proletarier zahlen es heim, so schonungslos wie ihre getrieben, wenn „sie die ganze Tyrannenbrut zur Guillotine getragen“ und „den verpesteten deutschen Sumpf mit ihren Häuten ausgerodet“!

Der Soldat aber findet diese eingebrüllte Liebe für Fürst und Vaterland heute meist noch natürlich und denkt nicht weiter; wie sollte er auch, da durch das Verbot zu jeder Lektüre aller Anstoß zum Denken fehlt und er intellektuell und moralisch in der Kaserne tiefer und tiefer sinkt. Aber so kann, so darf es nimmer bleiben!

Brüder, Genossen! Wollt ihr, daß sie uns einmal nieder- kartärschen, sie, unsere Brüder? Wollt ihr, daß uns die Säbel, die Bajonnette deutscher Proletarier niederschlagen? Wenn nicht, dann ist es das Gebot der dringenden Noth, unsere heilige Pflicht als Vertreter der Menschheit, die Massen im Kaiser- roß zu gewinnen, sie emporzurücken, die Empor- gerüttelten wach zu halten. Kommt dann der Augenblick, so wird die Verblindung zwischen Volk und Heer leichter sein und es kostet nicht hunderttausend Proletariern das Leben. Ent- scheidet eine lebhaft und nachhaltige, zwar vor- sichtige, aber desto energischere Propaganda im Heer, unter unseren Brüdern im Kaiserroß, die heute noch größtentheils willenlose Werkzeuge der „Ordnung“ sind, aber nicht unzugänglich sind und gewonnen werden können. Die Art und die Mittel dieser Propaganda kann ich hier nicht aus- einandersetzen. Aber sie werden sich, ist einmal der Wille und Entschluß da, leicht finden und müssen sich nach den örtlichen Ver- hältnissen richten. Insbesondere ist die bereits mit großem Erfolg eingeführte Flug- und Schriftpropaganda in den Kasernen und überall, wo das Militär verkehrt, zu pflegen.

Aus Wert denn, Genossen! Ihr könnt, ihr müßt! Unsere Brüder im Kaiserroß wie ihre Feindgenossen wissen schon, daß uns kein Kreis unzugänglich ist; das Heer muß gewonnen, muß revolutionirt werden. Es ist ja an und für sich genug Stoff zur Unzufriedenheit in den Kasernen angehäuft; drum fällt es leicht, Uebersicht meine Mahnung nicht, denket nicht: „es gibt ja noch andere, die das besorgen mögen“. Nein, tretet unverzagt in den Kampf; es gibt das Höchste, das Glück des Volkes!

Ein „Gedienter“.

Die bürgerliche Demokratie und die sozialdemokratische Partei.

Aus Schwaben, 25. Juni. Diejenigen Reaktionäre sind jedenfalls die schlimmsten, die sich bei Wahlen und in der Presse das allerfreisinnigste Mantelchen umhängen und nachher bei jeder Gelegenheit, wo es gilt, die Freisinnigkeit zu beweisen, ihre Reden und ihre Programme Lügen strafen. Wenn jeder die Wahrheit dieser Behauptung zugeben muß, so ist jedenfalls die sogenannte „deutsche Volkspartei“ unter die aller schlimmsten Reaktionäre zu rechnen. Ich will mich nicht verbreiten über die Programmverletzungen und Vorbrüche im allgemeinen, die sich diese Partei schon hat zu Schulden kommen lassen, da dieselben den Genossen eben so bekannt sein dürften, als mir. Ich möchte vielmehr einige Worte sprechen über unser Verhältniß zur Volks- partei und unser Benehmen ihr gegenüber bei künftigen Wahlen. Da ich der Ansicht bin, daß ein konsequentes Vorgehen unserer- seits dieser Partei gegenüber sehr nothwendig ist, so bitte ich Parteigenossen aus den betreffenden Distrikten, ihre Zustimmung zu meinen Vorschlägen oder ihre abweichenden Ansichten im

Parteiorgan laut werden zu lassen, damit auch hier Klarheit geschaffen wird.

Was wäre die Volkspartei doch ohne uns! Die Herren Sonnemann aus Frankfurt, Hänle aus Heilbronn und Stopfer aus Mannheim sind nur mit unserer Hilfe in den Reichstag gelangt; ebenso ist Karl Mayer nur durch unsere Stimmen für Eßlingen in den Württembergischen Landtag gewählt; und man kann nachweisen, daß die Volkspartei fast überall, wo sie Aus- sicht auf einen Sieg bei der Reichstagswahl hat, auf unsere Hilfe geradezu angewiesen ist. Fragen wir uns aber nach den Gegenleistungen, die wir von dieser Partei bisher erhalten, so kommen wir auf ganz eigenthümliche Ergebnisse.

Zunächst ist die Volkspartei noch bei keiner Reichstagswahl in die Lage gekommen, uns unterstützen zu müssen, kann also keinerlei Gegenleistungen in dieser Hinsicht aufweisen. Doch ist, wenn ich mich recht entsinne, in Eßlingen der Fall vorgekommen, daß die Volkspartei bei der Landtagswahl unsere Stimmen für Karl Mayer erhalten und dabei versprochen hat, bei der nächsten Reichstagswahl keinen eigenen Kandidaten aufstellen, sondern für den unsrigen stimmen zu wollen. Als dieser Fall dann aber ein- getreten ist, hat die Volkspartei ihr Wort gebrochen, und einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Ähnliches soll auch bei württembergischen Kommunalwahlen vorgekommen sein, und ich bin überzeugt, daß bei einer etwaigen Reichstags-Wahl in Stuttgart zwischen unserm und dem nationalliberalen Kandi- daten, wo die Volkspartei den Ausschlag geben könnte, das lehrreiche Ereigniß eintreten dürfte, daß die Herren Volksparteiler zu Hause blieben oder gar noch etwas Schlimmeres thaten. Daß diese Vermuthung keine unbegründete ist, beweist der Leipziger Volksparteiler Findel, der ja bekanntlich bei der letzten Wahl in Glauchau-Meerane auf die gemeinste Weise versucht hat, unsern Kandidaten zu Fall zu bringen und dem konservativen Gegen- sander zum Siege zu verhelfen.

Wenn nun die Gegenleistungen der Volkspartei für unsere Unterstützungen schon recht traurig aussehen, so sieht es noch elender aus, wenn wir das Benehmen der volksparteilichen Presse gegen uns betrachten. Von allem andern abgesehen, muß man ihr den schweren Vorwurf machen, daß sie jetzt, wo wir in Deutschland mundtot gemacht sind, es versucht, Lügen über unsere Parteiangelagenheiten zu verbreiten und aus unsern Reihen für sich Anhänger zu werben. Oder wie soll man es anders be- zeichnen, wenn die „Leipziger Volkszeitung“, das Organ des sauberen Herrn Findel, einen Lügenbericht bringt über die in Sachsen vor sich gehende angebliche „Perjury und Spaltung der sozialistischen Partei“ und wenn die übrigen „demokratischen“ Zeitungen diesen Schund getreulich nachdrucken? Die württem- bergischen volksparteilichen Zeitungen, das Altheimerblatt „Be- obachter“ an der Spitze, haben es wenigstens alle nachgedruckt; die „Frankfurter Zeitung“ bekam ich zu jener Zeit nicht zu Gesicht, doch zweifle ich nicht daran, daß auch diese es aufge- nommen hat.

Hätte diese Partei auch nur einen Funken von wirklich demo- kratischem Gefühl, ja auch nur etwas Verständnis für ihr eigenes Interesse, so müßte sie uns vielmehr auf jede Weise fördern, anstatt uns in den Rücken zu fallen und den (freilich sehr undankbaren) Versuch zu machen, die Arbeiter zum Abfall von der Sozialdemokratie zu verleiten.

Außerdem aber legt die volksparteiliche Presse im allgemeinen ein Benehmen der Sozialdemokratie gegenüber an den Tag, das an Ueberhebung und Underschwärmtheit das Äußerste leistet und beleidigend wäre, wenn es nicht dadurch wieder so außerordentlich lächerlich würde, daß es eine Partei von 80,000 Wählern gegen- über einer solchen von einer halben Million Wählern einschlägt. Und nun bedenkete man gar das Benehmen der Herren Volks- parteiler im privaten Verkehr mit unsern Genossen. Diese alberne Arroganz, diese großmüthig sein sollende Duldung, die so häufig zur Schau getragen wird, besonders Arbeitern gegenüber, bei denen man sich so etwas schon erlauben zu können glaubt! Und wenn es dabei noch bliebe! Nein, um sich von jedem Verdacht mit der Sozialdemokratie zu reinigen, schimpfen die Herren Volksparteiler auf dieselben in allen Tonarten, so daß höch- stens noch ein Berliner Fortschrittspolitiker sie darin über- trifft. „Ja, höre ich manchen Genossen sagen, das ist wohl alles wahr, aber es gibt doch auch viele anständige und radikalere Elemente unter der Volkspartei.“ Gewiß gibt es solche; aber diese geben meistens nicht den Ton in der Partei an, was schon daraus ersichtlich ist, daß sonst solche Sachen wie die er- wähnten und noch zu erwähnenden gar nicht vorkommen könnten.

Wenn endlich mancher Genosse meinen sollte, daß es doch immer noch besser sei, durch unsere Stimmen einem Volksparteiler in den Reichstag zu helfen, als durch Enthaltung einem Konser- vativen oder Liberalen den Sieg zu verschaffen, so muß ich dem auch ganz entschieden widersprechen. Was haben uns denn die durch uns gewählten Volksparteiler schon genützt? Hat es nicht fast jedesmal Bedenken oder gar Ablehnungen gezeit, wenn die Herren einen Antrag unserer Abgeordneten unterzeichnen sollten? Hat nicht der von unsern Genossen in Eßlingen in den Landtag gewählte „berühmte“ „Republikaner“ Karl Mayer im Landtag offen erklärt: seine Partei stehe auf dem Boden der kon- stitutionellen Monarchie? Hat er nicht bei derselben Gelegenheit die Sozialdemokratie durch seine faulen Bemerkungen förmlich lächerlich zu machen gesucht?

Was kann uns endlich daran liegen, ob statt der vier Volks- parteiler vier etwas kräftigere Reaktionäre im Reichstag sitzen?

Aus allen angeführten Gründen bin ich der Meinung, daß wir der Volkspartei endlich einmal gründlich Weisheit bei- bringen müssen, indem wir uns nicht mehr für sie mißbrauchen lassen und kein Stimmvieh mehr für sie abgeben. Lassen wir bei den nächsten Wahlen einmal ohne weiteres sämmtliche bisher durch unsere Hilfe gewählte Anhänger der Volkspartei durc- fallen und zeigen wir ihr damit, daß sie unsere Unterstützung sehr nöthig hat! Ich bin überzeugt, daß von diesem Augenblick an das Auftreten der Volkspartei gegen uns ein ganz anderes werden würde.

Außerdem können wir ihr selbst dadurch nützen, indem wir ihr Gelegenheit geben, aus eigener Kraft Fortschritte zu machen. Sollte sie aus sich selbst heraus stärker werden — und es hat ja den Anschein, als ob eine Anzahl Wähler ihr jetzt zufallen würden — dann ist es für uns meiner Meinung nach immer noch Zeit mit der Volkspartei ein Wahlbündniß auf gegen- seitige Unterstützung einzugehen, vorher aber nicht.

In der That sollte ich meinen, daß unsere Parteilehre und schon gebietet, mit dieser „Volkspartei“ ohne Volk einmal gründ- lich abzurechnen und sie für ihre Arroganz und Doppelzüngigkeit empfindlich zu züchtigen. Wir können jedenfalls unserer Sache nur nützen, wenn wir dazu beitragen, die Volkspartei so wie sie jetzt ist, zu Grabe zu geleiten. Und wenn sie keine Vertreter mehr in den Reichstag bringt, wird es bald mit ihr als Partei zu Ende sein. Ihre wahrhaft radikalen Elemente gehen dann zu uns über und wir sind dem Zeitpunkt einen Schritt näher gekommen, wo es nur noch zwei Parteien gibt: die Sozialdemo- kratie und die eine reaktionäre Masse.

K.

Sozialpolitische Rundschau.

Deutschland.

* Bekanntlich wurde bei Erlaß des Sozialistengesetzes allge- mein davon gesprochen, daß natürlich dies Gesetz allein keine „Besserung“ schaffen könne, sondern daß es von „positiven Ein- richtungen im arbeiterfreundlichen Sinne“ ergänzt werden müsse. Eine dieser positiven Einrichtungen — neben der famosen Wil- helmstiftung und Ähnlichem — sollte die Gründung des Ver- eins „Konordia, Gesellschaft für das Wohl der Arbeiter“ sein. Was nun die genannte Fabrikantenmache während ihres ein- jährigen Bestehens geleistet, zeigte die am 4. d. in Frankfurt a. M. abgehaltene Generalversammlung des Vereins. Diese war von nur 30 Delegirten besucht und verlief so gut wie resultat- los. Der schöne Plan, dem arbeitenden Volk Deutschlands durch einen „allgemeinen deutschen Arbeiterversicherungsverein“ zu helfen und einen jährlichen Zufluß von 10,000 Mk. aus den Mitteln der „Konordia“ zu gewähren, mußte wegen mangelhafter Vor- bereitung der Statuten — der vorgelegte Entwurf wurde für ungenügend befunden — bis zur nächsten im Oktober d. J. ein- zuberufenden außerordentlichen Generalversammlung vertagt wer- den. Bis dahin wird es also mit der „materiellen und sittlichen Wohlfahrt der Arbeiter“, deren Hebung sich die „Konordia“ als Ziel gesetzt hat, noch so blabben, wie es ist. Und mit den übrigen geplanten „positiven Einrichtungen“ steht's nicht besser. Darum jammert und prophezeit der „Staatssozialist“: „Die Zeit vergeht und — die Sozialdemokratie wächst, nicht bloß bei uns, sondern in allen Ländern. Die Sprache ihrer Organe wird immer siegesgewisser. Der internationale Staaten-Boden ist auf große Strecken unterminirt; die Erbitterung steigt täglich, und bei alledem schreitet das Monopol des großen Börsenkapitals auf Beeinflussung der Presse, dieser fast alleinigen Großmacht Europas jetzt, zu seinen Gunsten fort; die Kluft zwischen Volk, großem Besitz und Kapitallosigkeit wird stets größer; der Kampf ums Dasein, immer heftiger sich entwickelnd, vertilgt die mittleren Vermögen mehr und mehr. Alle diese Symptome sind Vorboten der Revolution. Wer dieselben mit scharfem, geübtem Blicke verfolgt, kann sich der schwersten Besorgnisse nicht erwehren.“ — Aber die Herrschenden wollen nicht hören; sie werden dar- um fühlen müssen.

— Zum Kapitel der Wahlfreiheit. Die Genossen erinnern sich wohl noch der im September v. J. gelegentlich der sächsischen Landtagswahlen spielenden Chemnitzer Affäre, bei welcher der Reichstagsabg. Gen. Bahlteich und eine Anzahl Genossen wegen angeblich „verbotener Versammlung“ verhaftet und gleich einem Zigarrenbündel zusammengebunden zur Polizei transportirt wurden. Bekanntlich wurde dieser Fall sammt den sich daran anschließenden Wahlbeeinflussungen der größten Art bereits im sächsischen Landtag verhandelt, in welchem die durch diese Mauthver zustande gelommene „ordnungspartheiliche“ Wahl anfänglich beanstandet wurde, um dann später infolge gemeinster Charakterlosigkeit der sächsischen „Volkvertreter“ trotzdem geneh- migt zu werden. Am 4. ds. kam nun diese Sache endlich zur gerichtlichen Verhandlung, deren Ergebnis folgendes war: Die sämtlichen Angeklagten wurden wegen der Anklage der Theil- nahme an einer geheimen Versammlung freigesprochen; dagegen wurde Gen. Bahlteich wegen Vornahme einer „verbotenen Samml- ung zu sozialistischen Zwecken“ zu einem Monat Gefäng- niß, sowie wegen Pressvergehen zu 50 Mk. Geldstrafe verur- theilt. Durch dies Urtheil ist ausgesprochen, daß die Förde- rung einer sozialistischen Wahl zum sächsischen Landtag durch Geldersammlung zu den Bestre- bungen gehört, welche in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungs- klassen gefährdenden Weise den Umsturz der be- stehenden Staats- und Gesellschaftsordnung be- zwecken! Nimmt man dazu die Unmöglichkeit der allen anderen Parteien gestatteten öffentlichen Wahlagitacion durch Versamm- lungen, die Presse u. s. f., sowie die noch keineswegs beseitigte Gefahr, daß die sozialistischen Reichstagsabgeordneten durch einen einfachen Polizei-Urlass am Eintritt in den Reichstag gehindert werden können, sowie den sonstigen Terrorismus der Behörden wie der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern bei Wahlen —, so wird man die Bedeutung des Wahlrechtes für den Arbeiter und Sozialisten ermessen können. Wenn unsere Partei unter solchen Umständen trotz alledem fortwährend nicht nur verhältnismäßige, sondern auch unbedingte Wahlerfolge erzielt, so zeigt das in einem Maße, daß auch der Dummste sich der Erkenntniß nicht mehr verschließen kann für den — „Rückgang der Sozial- demokratie“. Ob sich die Gegner über diesen Rückgang auch so freuen und so siegesgewiß in die Zukunft sehen, wie wir, möchten wir freilich dahingestellt sein lassen. Um so sicherer ist, daß uns das neueste Chemnitzer Urtheil weder in unserer Sieges- gewißheit noch in der Entfaltung künftiger Wahlagitacion im geringsten stören wird.

— Ein anderes famoses Urtheil fällt so ziemlich zur gleichen Zeit die Frankfurter Strafkammer. Dem Gen. Frohme wurde s. Z. auf Grund des Sozialistengesetzes die Kolportage entzogen. Als hierauf die von keinem solchen Verbot betroffene Frau Frohme's die (unverbotenen) Zeitschriften „Reichsbürger“, „Hidrigel“ u. weiter verbreitete, wurde Klage gegen Frohme angestrengt, weil nach Ansicht des Staatsanwalts der Mann die volle Verantwortung für alle Handlungen der Frau trägt, indem sonst das Sozialistengesetz gar keinen Werth habe! —

Natürlich wandte Frohne ein, seine Gattin sei doch kein willenloses Werkzeug in seiner Hand, sondern eine vernünftige Frau, welche vollzählig, bürgerlich und verfassungsberechtig sei und eigenen Willen habe und wisse, was sie thue, weshalb der Mann nicht für ihre Handlungen verantwortlich gemacht werden könne. Aber vergeblich. Die weisen „Richter“ nahmen an, daß für die Verbreitung der Blätter der Angeklagte und nicht seine Gattin verantwortlich und diese gleichsam sein „Arm“ nach Außen gewesen sei, und daß er Kraft seiner Autorität als Eheherr die Uebertretung des (für die Frau gar nicht bestehenden!) Verbots hätte hindern sollen, da er als Ehemann einzustehen habe für seine Frau, weil sonst das Ausnahmegericht völlig ohne Wirkung bleiben würde; und wurde Frohne deshalb zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Auf diese seine Besse hat man zwei Fliegen mit Einem Schlag gefangen: erstlich ist in unserer Zeit schändlicher Emanzipationsideen die Stellung des „germanischen Weibes“ als eines unwürdigen, in allem dem bevorrechteten Mann untergeordneten Wesens auf neue scharf präparirt worden; und dann hat das edle Sozialistengesetz eine für unsere Gegner sehr erwünschte Erweiterung erfahren. Das Frankfurter Gericht hat sich um die Sache der „Ordnung“ doppelt verdient gemacht. Schade, daß den sozialistischen Teufelsbraten auch das wenig zu Herzen gehen, noch sie von ihren schändlichen Thun abbringen wird; wenn daraus eines Tages noch ein Malheur entsteht, kann man sich in der Strafkammer am Main gewiß die Hände in Unschuld waschen!

München, 1. Juli. (Ver spätet.) Die Wirkungen des Ausnahmegerichtes sind wie überall, so auch hier sichtbar, indem in Beziehung auf das öffentliche und politische Leben geradezu Todtenstille eingetreten ist. Zwar läßt sich das häusliche Genossen muthig und unerschrocken weiter und läßt es sich auch feststellen, daß unsere Bemühungen immer mit mehr Erfolg gekrönt werden. Allein im Allgemeinen ist unsere Agitation doch nicht hinreichend und zwar im Verhältnis zur Einwohnerzahl, um solche Resultate zu erzielen, wie sie wünschenswerth erscheinen dürften. Unsere Hoffnung auf die anfangs mit großem Alarm in's Werk gesetzte Bewegung der „Volkspartei“ ist, wie vorauszusetzen war, enttäuscht worden, da sich diese kaiserlichen Demokraten seit der bekannten Versammlungsausschließung in der Wehndhalle muthig in ein Raufschloß verwerfen. Die Polizei hat also den Herren den blaffen Schrecken in die Glieder gejagt. Und nun haben unsere Gegner volles, freies Spiel. Eine unsäglich gemeine Lokalpresse speit ihren Koth gegen uns aus, torumpirt die öffentliche Meinung und wir können nicht einmal darauf antworten. In zweiter Linie ist die Pfaffenjagd daran, ihre verderblichen Wirkungen zu verbreiten, indem sie den Versuch macht, das verlorene Terrain zurückzuerobern; und da hört man zuweilen recht erbauliche Geschichten. Vor einiger Zeit z. B. verbot ein solcher Verwundungsapostel den Kindern in einer Volksschule, andere Blätter, als die von ihm bezeichneten, ihren Eltern vorzulegen. Ist dann das Kind zu Hause, so weiß es nicht, ob es dem Vater oder dem Pfaffen gehorchen soll. Ich meine, dieses ist ein eklatantes Beispiel, wie Bismarck seine Hausfurcht anweist, die Eintracht der Bevölkerungsklassen, insbesondere die der Familie zu fördern, wenn es gilt, der Erkenntniß den Eingang zu versperrn. Ein weiteres Bild von einem Pfaffen: Dasselbe betrifft nämlich den Vertreter für München II im Reichstag, den bekannten Schnadablaffjäger Weßmeier. Der letztgenannte Herr hatte kürzlich das Vergnügen, Jenge bei einer Schwurgerichtssitzung zu sein. Es handelte sich um die Verurteilung einer gemeinen Diebin, welche bei ihrem ausgeprägten Dampfsitzen für den Herrn Pfarrer demselben verschiedene Geschenke, darunter einen Schlafrod, Milche und mamentlich ein Paar äußerst nützliche — Schnallen Schuhe verlehrt, was Weßmeier natürlich dankend annahm. (Die Kirche hat ja ein großes Magen, siehe Göthe's Faust.) Nun stellte es sich heraus, daß die gebenedeite unter den Weibern das Geld hiezu und noch die mehr dazu geschlohen hatte. Was jedoch den frommen Pfarrer namentlich kompromittirte, war ein zur Verlesung gekommenes Brief, in welchem er das Frauenzimmer anredete mit „Meine liebe, theure Peps!“ und ihr schließlich den Rath gibt, den Brief zu verbrennen. (Da mögen noch solche Zärtlichkeiten darin gefunden haben!) Weßmeier behauptete schließlich, er habe die Jüdringslichkeit seiner Fremden darin aufgelöst, als wolle er eine Hansschänke bei ihm nachsuchen u. s. w. Als nun bald nach der Verhandlung die Frankfurter Kommissäre abgeholt wurde, führte Schreiber dieses, wie dem Weßmeier aus dem Zuschauerraum zugerufen wurde, „Recht, er hat die Schnallen Schuhe an!“ Und solche zur Lächerlichkeit gewordene Menschen wollen sich als Volksvertreter geriren!

Viel Ansehen machen gegenwärtig die Vorbereitungen zur „Bücherei-Feier“, die im August stattfindet. Die Feier bedeutet nämlich die Vermählung der seit 700 Jahren das Volk ausfangen betreibenden bayrischen Fürtenerfamilie. Vereid haben auch zur Vorfeier einige blühende Fürtener, vom lächerlichen Gottesgnadenthum besangene Studentenverbindungen mit ihren Professoren Kommerz abgehalten, während welcher an seine „Majestät“ allerunterthänigste Glückwunschkommuniquen abgingen, die derselbe „Huldschloß“ beantwortet ließ. Die hiesige Stadtverrettung wollte anfangs 100,000 M. spendiren zur Hauptfeier, was jedoch ihr Herr und Meister im Hinblick auf die erste Zeit abging. „Was schert uns das Geld“, denken diese Herren, „wir wissen ja, wo wir's herbekommen.“ Treibt man ja in letzter Zeit in geradezu unerhörter Weise neue Steuern ein. Doch, Alles hat seine guten Seiten und gerade diese Pression dürfte geeignet sein, den Büchsen die Augen zu öffnen. Also wir so weiter gearbeitet in der Unterwürfung des ohnehin gänzlich durchwurfschten Gesellschaftsgebäudes, damit wir nach dessen Zusammensturz ein vernünftigeres aufbauen können!

Magdeburg, 5. Juli. Endlich bin ich in der Lage, Ihnen einiges Näheres über die früher kurz gemeldeten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen am hiesigen Ort berichten zu können. Verhaftungen fanden anfanglich nur zwei statt (nach zehn vorgenommenen Hausdurchsuchungen); die Verhafteten waren die Gen. Beck und Hildebrandt. Es war das am 28. Mai, also gewissermaßen eine Einleitung des „Kaisertages“ (von dem ich noch sprechen werde). Gehunden wurde bei den Verhaftungen nichts von Bedeutung; dagegen fiel der Polizei bei einem anderen Genossen in Folge ständlicher Unvorsichtigkeit ein Brief in die Hände, aus welchem unsere Freunde zwar wenig Anhaltspunkte gewinnen werden, der aber doch den willkommenen Vorwand für eine ganze Reihe weiterer Maßregelungen bot. Am 23. Juni wurden die Gen. Freund und Seifert verhaftet und an diese Verhaftungen schlossen sich am selben und den beiden folgenden Tagen wenigstens 40 Hausdurchsuchungen an. Die Hausdurchsuchungen hatten zum Grund einer alten Aboamententzerr der „Leipziger Volkszeitung“, welche vor etwa einem Jahre dem Sohne eines Genossen seitens der Polizei einfach weggenommen worden war. Soweit mir bekannt, war der Erfolg der Maßregel ein durchaus negativer, trotzdem es an dem nötigen Kräfteaufwand nicht gefehlt hat. So wurden beispielsweise in der Kammerstraße nicht weniger als fünf Mann in einem einzigen Hause gehausucht, wozu zehn Polizisten und drei Kommissäre nöthig waren; die ganze Straße war in Aufregung gerathen. Auf alle Fälle hat die Polizei das von ihr so eifrig Gesuchte nicht gefunden; es mag sie freilich das ärgern, daß ihr solcher Fug entzogen ist! Aber die Sozialisten sind nun einmal nicht so gefällig, es den Herren auf dem Präktersteller zu bringen.

Der „Kaisertag“, d. h. das Jubiläum des Anschlusses Magdeburgs an Preußen, hat, obgleich er mit aller möglichen Pracht in Szene gesetzt worden ist, gerade nicht dazu beigetragen, einen großen Theil der Bevölkerung mit Freude zu erfüllen. Dem erstlich berührt es schon peinlich, daß der große Herr Held und heilige Stadtverordnete und Prediger der „freien Gemeinde“, Herr Sacke es war, der in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag stellte, daß man zu der bevorstehenden Feier „unsern geliebten Kaiser“ würdig empfangen müsse, wobei es an ein paar tausend Mark mehr oder weniger nicht ankommen dürfte. Thatsächlich ist denn auch tief genug in den Stadtbüchel gegriffen worden. Wie viel es eigentlich gekostet hat, wird man freilich nicht so bald erfahren; einige sprechen von 100,000 M., andere von eben so viel Thaler. Und während so auf der einen Seite eine wahrhaft verschwenderische Pracht überall angebracht war, wohin er Kaiser kam und der „Kaisertag“ sich

bewegte; bietet sich auf der anderen Seite das düstere Bild des Elends, des Jammers und der Arbeitslosigkeit! Man hört denn auch schon Stimmen genug, welche meinen, der Magistrat hätte sollen lieber die Steuerlasten gelockert haben, und die Unzufriedenheit wird immer allgemeiner. Was nun „den stolzen Zug der Gewerke“ betrifft, so möchte man ausprechen vor Ekel, wenn man keine Entstehungsgeschichte kennt.

Thatsache ist, daß nicht der dritte Theil freiwillig mit „aufgezogen“ ist, sondern mit allen Mitteln dazu gezwungen wurde durch offene und verdeckte Drohungen, mit Arbeitsentlassung u. s. w. Der weniger abhängige Theil der Bevölkerung hat sich auch nur zum verschwindenden Theil an dem Kummel betheilig; der Jahrgang mußte es sein, der auf den Plan trat und den Kaiser anbot. Bei einem Rundgang, den ich unternahm, machte ich die Wahrnehmung, daß das gaffende Publikum ebenfalls zum weitesten Theil aus Weibern, Kindern und der Landbevölkerung sich rekrutirte. Am vornehmsten sind die Cigarrenarbeiter vorgegangen, welche eine Resolution faßten des Inhalts: „Daß sie nicht gewillt seien, durch ihre Betheiligung am Aufzuge das hier in Magdeburg herrschende Elend zu verdecken.“ Freilich haben gerade die Cigarrenarbeiter vor allem Ursache zu einer solchen Sprache, denn sie sind es, welche hier mit am traurigsten gestellt sind. Hoffentlich wird die Reichstagswahl im nächsten Jahre die richtige Antwort geben auf den ganzen Kaiserschwindel!

Hamburg, den 11. Juli. Nach langer Zeit auch wieder einmal ein paar Zeilen von hier; es hätte zwar in letzter Zeit mancherlei von hier zu berichten gegeben, was für die Genossen außerhalb von Interesse war; indeß ich wollte erst in einzelnen Punkten den Verlauf der Dinge abwarten, vor ich zur Feder griff. Da ist zunächst die Affaire Hasselmann! Unsere Genossen in Deutschland sind gewiß neugierig, welches Verhältniß denn zwischen dem genannten Herrn, der ja hier seinen Sitz hat und seine diversen Blätter erscheinen läßt, und den hiesigen Genossen besteht. Nun, man kann allerdings bemerkt sein: hier am Orte und in der ganzen Umgegend ist der Einfluß des Betreters der „Schwierigen Arbeiterfrage“ gleich Null. Es hat eine Zeit gegeben, wo das noch nicht ganz so weit war, wo man hier und besonders auch in dem benachbarten Utenzen der Ansicht vielfach begegnete, daß Hasselmann doch Unrecht gefahren sei, und daß mit ihm eine Ausöhnung hergesteilt werden müßte. Seitdem man ihn aber in seiner wahren Gestalt erkannt hat und besonders seitdem der laubere Patron sich als ganz ordinarer Demagog und Vagabund auch für die entpuppt hat, die ihn von dieser Seite kennen zu lernen die jetzt keine Gelegenheit hatten, seitdem ist es mit dieser einflügeligen „Größe“ vorbei. Die hiesigen Genossen haben schon manches erlebt und sie verzeihen ihren Lieblingen — und Hasselmann war einst ein solcher — viel; aber für einen notorischen Demagogentypus haben sie denn doch keine Entschuldigung, und so ist es denn dahin gekommen, daß wir für hier und Umgegend sagen können: „Den find wir los.“ Nebenbei bemerkt erscheinen die Hasselmann'schen Blätter hier noch immer vollständig; es sind die „Deutsche Zeitung“, „Hafenzeitung“, „Müchsen“ und „Seehänge“. Seit Wochen kündigt er außerdem an, daß die „nächste Woche“ die „Menschheitsrechte“, eine angeblich wissenschaftliche Zeitschrift, erscheinen sollen; außerdem wird jetzt wieder seit drei Wochen (die genannten Blätter erscheinen alle nur einmal wöchentlich) das Umwandeln der „Hafenzeitung“ in ein tägliches Blatt für die „nächste Woche“ angekündigt. Zu letzterem Projekt braucht Hasselmann nach seiner Angabe im Jahr 1500 und sucht er Dumme, die ihm dieselbe in Darlehen von 2 M. 500 verschaffen wollen. Bis jetzt ist mir noch keiner begegnet, der auf diesen Köder angebissen hätte. Unterstützt wird Hasselmann bei seinen „literarischen“ Unternehmungen von Karl Scheidt, von dem übrigens wohl nicht richtig ist, was Sie lehtin schreiben, daß er in den Rheinlanden ein Gewerkschaftsblatt an die Ultramontanen verkauft hat. Ich kenne diesen Herrn schon ziemlich lange und zwar sehr genau, und wenn ich ihn auch in seiner Handlung, wie die eben angegebene, für lässig hielt, so ist mir doch nicht bekannt, daß er Keuliches irgendwo gemacht hätte. Er hatte keine Gelegenheit dazu!

Neben der „Partei“ Hasselmann — zwei Mann stark — besteht hier auch noch immer der von Bremer gegründete: „Allgemeine deutsche Arbeiterverein.“ Der Verein, der von der Polizei nicht aufgelöst worden ist — was zu seiner Charakterisirung wohl genügt — besteht aus ca. 50 Mann und sitzt derzeit jetzt auch wieder ein Organ heraus. Dasselbe nennt sich „Deutsche Volkszeitung“ und leitet darin die „Allgemeinen Arbeiterreform für Schutzpolizei, den „nationalen Staat“ und sonstige schöne Dinge Propaganda gemacht. (Das Blatt erscheint monatlich einmal.) Im vorigen Jahre war eine Deputation dieser „wahren Vorkämpfer“ in dem benachbarten Friedrichruh, um bei dem „großen Käufer“ eine Audienz zu erhalten; sie erreichten aber ihren Zweck nicht, und Lothar Bucher empfing sie, soll aber auch sehr ungenügend gewesen sein, als er die kühnen Reden hörte. — In diesen beiden Faktionen hat sich nun in neuester Zeit eine dritte gestellt: Herr Wilhelm Körner und ein paar sich hier anhaltende Berliner Ausgewiesene. Herr Körner, der den Beruf zum Journalisten in sich fühlt, legt vor ungefähr einem halben Jahre die Mauerkreise beiseite und gründete ein sogenanntes „juristisches Bureau“. Da es aber mit den juristischen Kenntnissen des Körner sehr wenig aussieht und gerade in dieser Spezies die Konkurrenz hier eine sehr große ist, so bleiben die Kunden aus und Körner mußte sich nach einem anderen Erwerbseigenthum umsehen. Körner gründete nun den „Zirkel“, Organ zur Förderung der gewerblich-technischen Ausbildung. Die Mittel dazu mußte der Herausgeber der hiesigen „Gerichtszeitung“ hergeben. Ob es nicht besser gewesen wäre, wenn letzteres nicht geschehen wäre, dicke dahin gestellt; der Schreiber dieser Zeilen war wenigstens seinerzeit dieser Meinung, und nachdem Körner sich jetzt entpuppt hat, dürfte dies jetzt auch derjenige einsehen, der sonst über frühere Geldausgaben so grimmige Reden gehalten hat, diese letztere und verheißene Ausgabe aber vertheidigte. Der „Zirkel“ konnte natürlich nicht bestehen und mit der dreizehnten Nummer mußte er eingehen, dem Drucker der „Gerichtszeitung“ ein Defizit von M. 1400 hinterlassend. Herr Körner aber gründete ein neues Blatt die „Deutsche Warte“. In den beiden ersten Nummern nun, die von diesem Blatte vorliegen, schimpft Körner nach Herzenslust auf die „Gerichtszeitung“ und deren Redakteure, was ja auch erklärlich, da er dem genannten Blatt M. 1400 schuldete und er sich, um nicht bezahlen zu brauchen, mit der letzten Nummer des „Zirkel“ heimlich aus der Expedition der „Gerichtszeitung“ fortgeschlichen hat. Im folgenden druckt Herr Körner in der ersten Nummer seines Blattes das Programm des „Staatssozialismus“ ohne Kommentar ab und lobt den Doppeldeutigen Slogan an einen „hochachtbaren tüchtigen Arbeiterfreund“. Prost Sozialisten! Körner selbst, nebenbei bemerkt, darauf, in Berlin einen großen Vereinstag zu finden, indem er Hasselmann's „Deutsche Zeitung“ dort ansprechen will. Ob es von der letzteren in Berlin überhaupt viel auszufrucht gibt, weiß ich nicht; aber das glaube ich zu wissen, daß die Berliner Genossen keine große Lust haben, sich im Selderschen Sinne bearbeiten zu lassen. Das können sie ja auch beim ersten Hand haben und brauchen sie diese Waare nicht erst durch Körner über Hamburg zu beziehen.

Sozial über unsere Separationsbestrebungen am Orte. Einzug auf das Gros der Genossen hat keine derselben. Hier gibt es eben Sozialdemokraten nach Tausenden und darunter natürlich auch manchen wahren Kopf, woher es kommt, daß sich für jeden Launen vorübergehend ein Häuflein Anhänger findet. Nebenbei bemerkt, erklärt Körner in Privatkreisen, daß er bei seiner Propaganda die Fiktion des „wahren Sozialismus“ einsetzen will. Da Hasselmann und die Brüderlicher ganz dasselbe von sich behaupten, so haben wir hier die dreifache Steigerung: „wahr, wahr und wahr!“ Sozialismus vor uns. Recht lange dürfte es übrigens keine der drei Gruppen treiben, was natürlich nicht ausschließt, daß sich dann wieder irgend ein anderer verdrehter Kopf findet, der eine Separation versucht. Der Boden für solche Dummheiten ist hier wogigelos vorhanden.

Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, sei noch erwähnt, daß als Vertrauensmann bei allen drei Gruppen ein früherer österreichischer Genosse namens B. gilt, der wegen Unterschlagung von Parteigeldern und Ablösung von Parteimitgliedern seinerzeit mit Zuchthaus bestraft wurde und der nun hier lebt, wo man sich ziemlich klar darüber ist, daß dieser laubere Patron die Dienste eines preussischen Polizeispions verrichtet. — Moskauer gibt es hier nicht. Unsere Krachschänder würden zwar Mosk's Schimpfereien gerne lesen, aber sie sind ja feig dazu, sich dieselben schicken zu lassen. Die Versuche aber, die von Voubois aus gemacht wurden, die „Freiheit“ hier einzuführen, sind an dem gesunden Sinn der hiesigen Genossen gescheitert.

Sozial über die hiesigen Vorgänge in der Partei. Die Genossen mögen entschuldigen, daß ich sie mit so wenig gründlichen Dingen um ihre Zeit bringe; aber sie müssen dieselben kennen lernen, damit sie das eine und andere verstehen lernen, was vielleicht ohne den nötigen Kommentar dazu geben zu können, geschieht. — Zum Schluß möchte ich bemerken,

daß die hiesigen Arbeitsochthältnisse sich immer sehr traurige sind, und daß deshalb den auswärtsigen Arbeitern nur zu rathen ist, das von den wandernden Handwerksgehilfen so gerne besuchte Hamburg vorläufig noch zu meiden.

Dänemark.

— **Kopenhagen, 27. Juni.** Der schon früher kurz gemeldete Streik der Tabakarbeiter währt auch heute noch fort und scheint nicht sobald ein Ende zu finden. Die Arbeiter stehen fest bei ihrer Forderung, den Lohn wieder um so viel zu erhöhen, als er bisher herab gedrückt worden ist, und zwar bis zu 30%, pro Rulle, während die Anforderungen in Ausübung der Arbeit gefordert ist, so daß mancher Familienmaler am Sonntagen mit 7—9 Kr., im günstigen Falle mit 12—13 Kr. zufrieden sein muß. In der Litching'schen Fabrik, welche über 100 Arbeiter zählt, befinden sich augenblicklich sechs Cigarrenmacher, vier Sortirer — welche gegenwärtig Cigarren rollen — und zwei Wickelmacherinnen; keine dieser zwölf Personen ist gelernter Tabakarbeiter. Der Fabrikant wird natürlich von der Polizei kräftig unterstützt, die Jeden zu arreiren droht, der sich in der Nähe der Fabrik bliden läßt, um Zugang von derselben abzuhalten. Unterstügungen aus den anderen Fabriken fließen regelmäßig, ebenso aus Schweden und Amerika, während von Deutschland bis jetzt erst ein Ort verzeichnet ist, weshalb des Bestimmtesten erwartet wird, daß sich kein deutscher Arbeiter verlorde läßt, hierher zu kommen. E. Hüller, Kömmergerade 22 Stuen ist gern bereit, Auskunft zu ertheilen. Dann sieht noch Streite bei den Möbelschneidern und Stuhlmachern, sowie bei den Raurerhandlangern, während bei den Holzbrechern derselbe durch Uebereinkommen beendet ist. Auch die Buchbinder und Handschuhmacher hatten sich in Bewegung gesetzt, doch ging es bald vorüber.

Daß Bismarck's famoses Sozialistengesetz auch hier keine Wirkung thut (ebenso wie in Amerika, wie unser früherer Redakteur in seiner letzten Korrespondenz bekämpft) ist ersichtlich; denn jetzt zeigt sich schon ein ganz anderer Geist in der Partei, und Stimmen werden laut, die sich früher nicht hätten äußern dürfen, ohne den „Nationalsozial“ heraus zu fordern. Auch bei der Regierung scheint sich die Ansicht bereitet zu haben, daß der „Geniale“ abermals selbigegegriffen hat. Der Reichstag will weder das Budget, noch das Heeresgesetz und die Vorlage, Kopenhagen zu einer Festung ersten Ranges zu machen, vollständig genehmigen und darf es auch nicht, wenn die Herren „Vollvertreter“ bei den Bauern nicht alles Ansehen verlieren wollen und damit die schönen Dörfer, die sie nun schon acht Monate beziehen und wie es das Ansehen hat auch noch einige Wochen dazu beziehen können, ehe der Schluß ausgesprochen werden kann.

Jörgen Gaardman.

Frankreich.

* So wäre denn endlich die allgemeine Amnestie für alle „Kommune-Verbrechen“ trotz des Straubens des hyperreaktionären Semais eine vollendete Thatsache und die Opportunistenrepublikaner können sich ihrer schlaun inszenirten „Nationalfeier“ rückhaltslos freuen und von ihr manches für die Volksbeschwindlung zu ihren Gunsten hoffen. Nicht so schnell aber, als die Herren Gambetta und Genossen die an angeblich von der Kommune bezangenen Verbrechen zu vergessen heuchlerisch vorgeben, wird das revolutionäre Proletariat die Erinnerung an die von den heute Herrschenden an der Kommune und dem Pariser Volk wirklich bezangenen unausstilgbaren Schand- und Schreckensthaten verlieren und ebensowenig wird sich der wirklich seiner Lage bewußte, durchgebildet sozialistische Kern des Volkes durch den „Nationalfest“-Schwindel Sand in die Augen schütten lassen. Die treffendste und würdigste Erklärung in Bezug auf die Stellung unserer französischen Kampfgenossen zu diesem Fest der Herrschenden gibt unser wackeres Bruderorgan, die „Egalité“ in ihrer letzten Nummer, indem sie schreibt: „Am 14. Juli feiert die Bourgeoisie den Jahrestag des Beginnes ihrer Herrschaft und entfaltet ihre Fahne, die dreifarbige Fahne, das Banner der Bonaparte, der Orleans, der Cavaignac der Thiers. Die „Egalité“, das Organ des Proletariats, welches sein 1789 noch nicht gehabt hat, entfaltet dagegen die Fahne der Rückforderung der Arbeiter, das Banner vom Juni 1848 und vom März, April und Mai 1871. Fahne gegen Fahne! Die „Egalité“ wird am 14. Juli roth erscheinen.“ Und dieser Kampf der beiden Fahnen, derer der Unterdrückten gegen die der Unterdrückten wird immer ruhen noch enden, bis nicht die letztere der Finne ihrer Herrschaft herab in den Staub, in den Schmutz sinkt, in dem sie zum Heil der Menschheit auf Ewigkeit versinken wird — in Frankreich wie in Deutschland und bei allen Völkern! Nicht eine Klasse, sondern die ganze Menschheit wird dann ihren 14. Juli feiern, das Fest der Erstürmung der Bastille der Unterdrückung und Ausbeutung aller Art, das Fest der Befreiung und Gleichberechtigung alles dessen, was Menschen angeht! —

L. X. Paris, 11. Juli. Sie glauben wohl, daß die Regierung unserer famosen „Republik“ mit den jüngsten wiederholten Ausweisungen den Gipfelpunkt der schmällichsten Brutalität erreicht habe und daß dem Schild der Republik kein größerer Schandstachel mehr aufgeheftet werden könne. Da kennen Sie aber den ehemaligen Bekanntschaften und nunmehrigen Ober-„Ordnungs“-retter Andrieux und seine Spießgesellen höheren und geringeren Ranges schloß. Die Finnen schon der Draht berichtet haben wird, sind abermals eine Reihe von Ausweisungen Fremder verfügt und mit einer Robheit ausgeführt worden, wie sie selbst in dem kaiserlichen Deutschland nicht noch sonstwa mit Ausnahme des jüdischen Anlaufes denkbar wäre. Im Laufe der letzten acht Tage sind nicht weniger als 25 Fremde ausgewiesen worden, von denen die meisten Morgens 5 Uhr aus den Betten geholt und mit dem nächsten Zug in Polizeibegleitung an die Grenze geschafft wurden. Den unter Tags ausgewiesen wurden nur 2 Stunden Zeit zur Schließung ihres Bündels gewährt (sogar Kadai in Berlin gibt wenigstens 24 Stunden). Unter den Ausgewiesenen befinden sich Deutsche, Oesterreicher, Russen, sowie auch ein Däne; viele unter ihnen sind gar nie politisch thätig gewesen. Das Schändlichste aber ist, daß man sogar 70-jährige Greise, die seit langen Jahren in Paris wohnten, mit roher Polizeihand fortjagte. So geschah es unserm alten Genossen Kürzhner Peterßen; und so der großen Wittwe unseres Genossen Moriz Heß, welche seit Ende der fünfziger Jahre in Paris lebt. Auch dieser hilflosen Frau wurden nicht mehr als zwei Stunden bis zur Abreise gewährt und mußte sie all ihr Hab und Gut unterbesten in Stich lassen. Unter dem zweiten Kaiserreich ungehört geblieben, unter der „Republik“ verfolgt — das kennzeichnet die Lage hilfslos! Die starke, neugegründete „Republik“ von einer greisen Marone und einigen deutschen und russischen Arbeitern bedroht — welch ein Selbstgehandnis!

In der ganzen Verfolgung spiegelt sich die unbeschreibliche Robheit und Feigheit der Gambetta'schen Deutschen-Austragung von 1870 wieder. Und was das Schlimmste ist, daß Publikum und Presse von Paris mit geringen Ausnahmen sich wenig um die Sache kümmern, welches auch sonst ihr politischer Standpunkt sei. Findet doch der sich sozialistisch nennende „Proletaire“ kein Wort der Entrüstung und des Protekes gegen diese frechen Willkürakte, durch welche die heutigen Nachhaber den Namen des französischen Kampfes schänden! Wir sind die letzten, welche durch Rigorosität einen Streik vom Jann brechen und die Genossen eines andern Land's unbrüderlich anlassen wollen. Aber das vom „Proletaire“ bei allen bisherigen Ausweisungen beobachtete scheumatische Todschweigenssystem — soweit es nämlich die ausgewiesenen Deutschen betrifft — einerseits, und die von den deutschen Sozialisten unter den schwierigsten Umständen (während des Krieges 1870/71 und den Jahren des Chauvinismus unmittelbar nach demselben) beobachtete brüderliche, jedem Nationalvorurtheil ferne, anerkannt miferable Haltung berechtigten uns, dem „Proletaire“ und allen ihm

Gleichgesinnten unsere tiefe Indignation über ihr höchst unsozialistisches, den beschränktesten Vorurtheilen fröhliches, unwürdiges Verhalten auszusprechen. Wir wollen nur hoffen, daß es hier trotzdem noch eine genügende Anzahl echter und ganzer, d. h. jedem verächtlichen Nationalitätsdusel ferne und nur im internationalen Proletariat ihre Heimath findende Sozialisten gibt, welche Freiheit und Gerechtigkeit nicht nur für die Franzosen, sondern für alle Menschen ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung — wie das neue französische Programm treffend sagt — wollen und dies auch rücksichtslos in Protesten gegen die Regierungswillkür aussprechen. Denn wo der Nationalismus noch eine Rolle spielt, da hat der Sozialismus nichts zu schaffen; dieser kennt nicht Deutsche, Franzosen und Russen, sondern nur Brüder!

Spanien.

* Der Guerillakrieg des verarmten und verarmenden Volkes gegen seine politischen und wirtschaftlichen Blutauger dauert in den Provinzen fort. In der Provinz Teres haben die verzweifeltsten Bauern die Brandsackel ergriffen und steden allenthalben planmäßig die Häuser und Ernten ihrer Grundherren in Brand, wobei sie natürlich die raubgierigsten am schwersten heimsuchen. In Corunna wurde eine Dynamitbombe auf das Haus des allgemein gefürchteten Alcalden, eines unerbittlichen Ausbeuters, geworfen und zerstörte dasselbe, während kein Menschenleben geschädigt wurde.

Bei Gelegenheit dieser Mitteilung kommen wir auf unsere Meldung (in Nr. 22) von der Zerstörung einer Fabrik in Barcelona durch Arbeiter zurück. Wir berichteten damals nach Angaben der Bourgeoispreffe und behielten uns weitere Mittheilungen vor. Wir sind nun seit längerem hinlänglich über die Sache unterrichtet, allein Raumangel hielt uns wiederholt ab, das Nachfolgende schon früher zu bringen.

Schon seit längerer Zeit bestand zwischen den Arbeitern und Arbeitgeber Barcelona's ein stummer aber erbitterter und erbitternder Kampf. Die Arbeitgeber wollten nämlich nicht bloß den ohnehin schon elenden Lohn bedeutend herabsetzen, sondern, wie aus Hohn, zugleich die Arbeitszeit erhöhen; namentlich zeichneten sich in frechster Unterdrückungsstimmung die Fabrikanten Morell und Morillo aus. Die durch die Fabrikantenwillkür zum äußersten gebrachten Arbeiter dieser Fabrik stellten die Arbeit ein. Und um den Herren es unmöglich zu machen, vermittelst zusammengelernter arbeitsloser Landleute fortzuarbeiten, ergriffen sie das einfache Mittel, die Fabrik in Brand zu stecken. Als auf den Feuerlärm die Feuerwehr herankam, wurde dieselbe von der für die Streikenden Partei ergreifenden Menge am Löschen gehindert und durch einen Steinregen in die Flucht geschlagen. Erst gegen Abend, als das Gebäude bereits gänzlich zerstört war, gelang es, die Menge vermittelst Waffengewalt zu zerstreuen.

Daß hierauf der Belagerungsstand proklamirt, alle Arbeitervereine aufgelöst wurden u. s. w. ist selbstverständlich und haben wir bereits gemeldet. Daß dadurch aber nichts gebessert und das verzweifelte Volk nicht beruhigt wird, zeigen die obigen Mittheilungen über weitere Brandstiftungen. Solche Ereignisse sind nichts, als sehr begreifliche spontane Reaktionen einer verzweifelnden, aber sich zur grundsätzlichen Aenderung der bestehenden „Ordnung“ ohnmächtig wahnenden, noch nicht zur Erkenntniß der richtigen Wege zu ihrer Befreiung gelangten Bevölkerung. Könnte es in Ländern, wo diese Erkenntniß bereits erreicht ist, in Deutschland und andernwärts, gelingen, dieselbe wieder auszulöschen, — man würde mit dem wachsenden Elend auch dort bald ähnliche Dinge erleben.

Großbritannien und Irland.

* Die Noth in Irland ist aller Vertuschungs- und Abläugnungsversuche der Regierung entgegen in fester, schrecklicher Zunahme begriffen. Tausende nähren sich von nichts als rohem Welschkorn und alle Straßen sind von Hungernden belagert. Bereits ist der Hungertyphus ausgebrochen. Hier einige statistische Aufstellungen über die Anzahl der Nothleidenden. Nach der Zählung in 690 Bezirken beträgt die Anzahl der von den Kirchspielen und den Hilfsgeellschaften zu unterhaltenden Armen: in Leicester 28,000, Ulster 180,000, Wälfster 233,000, Connaught 422,000, demnach in ganz Irland 863,000. Die Szenen der Verzweiflung und des durch die Hungersnoth erzeugten schrecklichen Elends — schreibt unser amerikanischer Karikaturist „Irish World“, dem wir diese Zeilen entnehmen — ähneln jeder Vorstellung und sind unbeschreiblich. Es bilden sich zwar allenthalben Hilfsgeellschaften; allein sie sind nicht im entferntesten im Stande, allgemeine Hilfe zu bringen — Hunderttausende sind solchen Elend gegenüber wie ein Tropfen Wasser auf einen glühenden Stein. Und all das hat Irland seinen Landlords oder richtiger dem durch den Landraub der Engländer eingeführten System der adeligen Landmonopisten, der göttlichen „Ordnung“ der Bevormundung zu verdanken!

Rußland.

Von Genf aus ist eine sehr bemerkenswerthe, vielversprechende Anregung ergangen: ein Rundschreiben, welches alle russischen Flüchtlinge einladet, ein literarisches Bündniß der verschiedenen Nationalitäten Rußlands zu bilden, um Bücher und Flugchriften in den verschiedenen Sprachen und Mundarten Osteuropas herauszugeben und zu diesem Zweck in Genf eine eigene Buchdruckerei zu gründen. Bekanntlich gibt es im europäischen Rußland viele Millionen Einwohner, welche das Großrussische nicht verstehen, sondern nur kleinrussisch, polnisch, rumänisch, deutsch, jüdisch, litauisch, finnisch u. s. w. Einzig in kleinrussischer und polnischer Sprache ist bis jetzt eine Propaganda begonnen worden, die andern Idiome blieben bis jetzt unberücksichtigt. Ein Glühauf dem Unternehmen unserer russischen Brüder, auf daß es der zarischen Tyrannei mächtigen Abbruch thue und die Sache der Revolution fördere!

Nordamerika.

* Wir berichteten in letzter Nummer über die Meinungsverschiedenheit, welche sich über die Theilnahme der sozialistischen Arbeiterpartei an der Chicagoer Nationalen Arbeiter-Konvention, bezw. über das Ergebnis dieser Theilnahme in sozialistischen Kreisen erhoben hat. Wie schon mitgeteilt, wird den Abgeordneten der sozialistischen Partei an dieser Konvention von einigen Seiten den Vorwurf gemacht, sie hätten der Greenbackpartei (im wesentlichen Farmer- oder Bauernpartei) gegenüber eine unwürdige Rolle gespielt, seien wie Petzler gekommen und hätten sich schließlich

schmächtig pressen lassen, so daß die sozialistische Partei nur für jene Partei werde die Kasernen aus dem Feuer holen müssen. So, ein Blatt, das grundsätzlich gegen jede Parteithätigkeit eifert, welche über das abstrakte und für die Durchführungsmöglichkeit blinde Revolutionspredigen und die Verneinung um jeden Preis hinausliegt, geht sogar bis zu der Behauptung: „Die amerikanischen Sozialisten haben sich da (mit der Theilnahme an der Chicagoer Konvention) an einer Sache betheiligt, die, wenn sie weitere Schritte ähnlicher Art nach sich zieht, leicht zu einem Humbug von acht amerikanischem Kaiser führen kann.“

Da diese Angelegenheit nicht nur eine wichtige Frage der nordamerikanischen Arbeiterpartei, der Schwester der deutschen Sozialdemokratie, ist, sondern auch von allgemeiner grundsätzlicher Bedeutung ist, in Bezug auf die den Sozialisten überhaupt erlaubten und von ihnen einzuschlagenden Wege zur Ausbreitung ihrer Grundsätze und Erreichung ihrer Ziele, — so finden wir es angemessen, der Sache einen größeren Raum zu widmen. Und zwar glauben wir, daß sich zur Aufklärung am besten ein in unseren wackeren Bruderorganen „New-Yorker Volkszeitung“ und „Chicagoer Arbeiterzeitung“ zur Veröffentlichung gelangter Artikel eignet, der offenbar von unserm alibewährten Genossen und Mitarbeiter Dr. Adolf Douai herrührt. Douai war selbst Abgeordneter bei der Chicagoer Konvention, ja der hervorragendste Thätigste der sozialistischen Abgeordneten; die Prinzipientreue des alten Kämpfers für die Befreiung des arbeitenden Volkes und Ältesten Sozialdemokraten der Vereinigten Staaten aber ist über jeden Zweifel erhaben, und kommt seinen Worten schon um dessentwillen aufmerksamste Beachtung zu. Selbstverständlich verließen wir unser Urtheil anderen, gegenseitigen Ausführungen deshalb in keiner Weise und werden wir mit einer Berichtigung unserer diesbezüglichen Anschauungen nicht zögern, sobald wir uns von der Unrichtigkeit derselben überzeugen sollten. Der Artikel lautet:

Der Zweck unserer Theilnahme an der Greenback und Arbeiter-Konvention war ein doppelter: Propaganda für unsere Anschauungen unter der englisch-redenden Bevölkerung, besonders unter ländlichen Arbeitern, zu machen und zur Sprengung der beiden alten Parteien beitragen. Dieser Zweck konnte in keiner anderen Weise verfolgt werden, als es geschehen ist, und er ist in viel größerem Maße wirklich erreicht worden, als wir erwartet hatten.

Wir fanden im Gespräch mit den einzelnen Delegationen, im Verkehr mit den Staats-Delegationen und in den Komitees eine Weisheit der Theilnehmer unserer Sache entweder schon glänzend getrimmt, oder leicht befürwortbar — nur die Minderzahl war abgeneigt, sich mit den verräthenen Sozialisten und Kommunisten einzulassen, und das waren gerade die Wortführer der Greenbacker. Die „Irish World“ war bis dahin das einzige Organ gewesen, aus welchem die Meisten etwas von den sozialistischen Ideen erfahren hatten; indem also die Landfrage in gerade diejenigen Ausdrücke eingekleidet wurde, welche dieses weitverbreitete Organ wählt, fanden wir sofort einen Anknüpfungspunkt bei der Majorität und konnten die Konvention dazu bringen, die Landfrage in der Fassung der „Irish World“ anzunehmen — gegen den Widerstand der Wortführer anzunehmen. Jeder Leser dieses Wochenblattes aber weiß, daß es in der Landfrage völlig unsern Standpunkt vertritt, daß also bei dem Wahlsiege, welcher beginnt, Belehrung darüber in unserem Sinne durch die „Irish World“ in den weitesten Kreisen verbreitet werden wird. In dem Plattform-Komitee fanden wir gerade unter den Gegnern ein vollständiges Verständnis der Tragweite der Landfrage und konnten ihren Widerwillen mit Gründen bekämpfen, welche ihn theilweise entwarfen, wenn gleich wir nicht ihre Befürwortung entwarfen konnten, durch Annahme einer solchen Platte den Wahlkampf ihrer Partei zu schädigen. Wir bestanden deshalb nicht darauf, den Land-Reformgehenden in eine Platte zu bringen, sondern nur darauf, ihn in die Einsetzung aufgenommen zu sehen. Erreicht ist also in dieser Hinsicht soviel, daß Hunderttausende von Greenbackern und Arbeitern sich mit dieser Frage von nun an beschäftigen werden, daß sie kein Schwatzgespräch mehr für sie ist.

Es war ebenso bei dem Kampf um die Achtstundensfrage. Wir verlangten die Erklärung in die betr. Platte aufgenommen zu sehen, daß ein Bundesgesetz die Länge des Arbeitstages zu acht Stunden normiren solle, womit zunächst nur ausgedrückt wird, daß in freiwilligen Fällen das Bundesgesetz dies als die gesetzliche Länge des Arbeitstages anzuerkennen hat. Wir bekamen diesen Passus nicht in die Plattform hinein, aber wir konnten im Komitee alle Gründe der Gegner widerlegen und machten somit für diese Gründe soviel Propaganda, als eben möglich war. Unsere Gründe sind achtungsvoll angehört worden, und sie müssen nachträglich ihre Wirkung üben.

Wir haben nirgends hinweg auf den Namen; wir haben vielmehr überall die Würde unserer Partei gewahrt. Die beiden Memorials, welche wir in der Konvention vorlesen ließen, bezeugen dies. Unsere mehrfachen Erklärungen, daß unsere Partei ihre Selbstständigkeit bewahrt, und daß die Abstimmung aller unserer Parteimitglieder die Greenback-Plattform zu beurtheilen habe, beweist es. Unsere Sprache war jederzeit männlich und würdig.

Die Sprengung der beiden alten Parteien ist an sich schon ein Gewinn. Die Zeitumstände sind dazu ganz günstig, und was zu diesem Behufe in den sehr schwachen Kräften unserer Partei hand, das haben wir gethan, indem wir den Greenbackern und Arbeiter-Organisationen unsere Bereitwilligkeit zeigten, zu diesem Zwecke loyal mitzuwirken, für ihre Kandidaten zu stimmen, mit ihnen in den „Stump“ zu treten, falls unsere Partei unsere Thätigkeit in Chicago billigt. Wenn nicht die Parteimaschinerie der alten Parteien im nächsten Wahlkampfe einen schweren Schlag erleidet, so sind unsere Anstrengungen auf Erfolg in einer weiteren Zukunft verschoben, und das ist für unsere Partei gefährlich. Jede Partei wird, wenn sie lange Zeit gar keine Erfolge aufzuweisen hat, sich in sich selbst verunsichern; sie wird um Kleinigkeiten und Verdunkelungen u. dgl. m. sich streiten, bis sie zerfällt und — wären ihre Prinzipien auch noch so rein und begeisternd. Wir brauchen einen Erfolg im bevorstehenden Wahlkampfe, um unsere eigene Organisation zu befestigen. Für uns allein können wir ihn nicht erringen, da das englisch-redende Element bisher sich nicht fernhielt. Da der Berg nicht zu Rahomed kam, mußte Rahomed zum Berge gehen. Wir werden mehr Propaganda machen, wenn wir mit den uns nächststehenden Schicksalsgenossen verkehren und zusammen kämpfen, wir werden sie zu uns herüberziehen — wir können es auf keine andere Weise. Wir gefährden dadurch unsere Organisation keineswegs, wir bewahren sie bloß vor fruchtlosen Kämpfen innerhalb, an denen sie sonst zu Grunde gehen könnte. Wir thun genau dasselbe, was ihrerzeit die Abolitionisten mit so großem Erfolg thaten: als die republikanische Partei entstand, gingen sie mit ihr Hand in Hand, weil sie ihnen größere Zugeständnisse machte, als jede andere, leisteten ihr die feurigsten Agitatoren, bekehrten den ganzen Norden zum Abolitionismus — aber sie gaben ihre eigene Organisation erst dann auf, als die Klaverrei abgehandelt war. Genau so haben die Delegationen unserer Partei diesmal beschritten, der Partei zu empfehlen, daß sie mit der Greenback- und Arbeiterpartei Hand in Hand gehen möge, um die alten Parteien brechen zu helfen, um die Monopolistenklasse wirksam zu bekämpfen, und doch dabei die eigene Organisation aufrecht zu erhalten.

Und es ist von der höchsten Wichtigkeit, daß wir im Verkehr mit Hunderten von Delegationen, die wesentlich dieselben Interessen haben wie wir, in sichere Erfahrung gebracht haben, daß bereits eine sehr starke, aber geheime Organisation in englisch-redenden Kreisen besteht — die Knights of Labor —, welche im Wesentlichen unsere Ziele anstrebt und die alten Parteien zu brechen sucht. Dieselbe war in der Konvention zahlreich vertreten und war — von einigen der Ältesten und zuverlässigsten Sozialisten geführt. Es ist eine arme Partei, diese Ritter der Arbeit, aber sie haben Selbstvertrauen und Kampflust. Sie werden uns wirksame Bundesgenossen sein, besonders in Fällung der Staats-Vergesamten mit wirklichen Arbeits-Vertretern, sowie in der Befreiung städtischer Kreise mit solchen.

Wie man da nur von Beschwindelung unserer Delegationen durch die Konvention reden kann! Wir waren vorher dem arbeitenden Volke nur

durch gegnerische Verläumdungen kennt, als hirnlose Umstürzler verfahren — wir sind jetzt sehr weiten Kreisen als vertrauenswürdig und tiefblickende Männer bekannt worden. Wir konnten die Ziele und Verfasslichkeiten der Greenbacker zu wenig — wir kennen jetzt Beides viel genauer und haben zahlreiche Bundesgenossen gefunden. Wir hatten kein Recht, zu erwarten, daß wir als gelobte Organisation zugelassen werden würden — wir haben es ebenwohl erreicht. Wir hoffen nur wenige Zugeständnisse zu erlangen, falls wir zugelassen würden — wir haben es mehr erreicht, als wir gehofft hatten. Wir können jetzt unsere Propaganda-Schriften verbreiten, wofür sie früher nicht kamen, unsere Redner auftreten lassen vor einem großen Publikum, welches sie vorher nicht fanden. Wo in aller Welt ist da von einer Uebervorteilung die Rede, welche uns widerfahren sein soll?

Australien.

* Durch Vermittlung eines Londoner Freundes erhalten wir von einem Parteigenossen in Queensland Nachrichten über die australischen Arbeitsverhältnisse, welche für die deutschen Arbeiter um so wichtiger sind, als von kapitalistischer Seite die dortigen Zustände meist als für die Arbeiter äußerst günstige geschildert werden und deshalb bei dem andauernden wirtschaftlichen Nothstand in Verbindung mit der politischen Reaction die Gefahr nahelegt, daß sich manches dardenden deutschen Proletariats Blick nach jenem Lande wenden und er sich dort eine bessere Zukunft gründen zu können glaubt. Nach unserm Bericht (der in beigelegten Ausschneiden aus verschiedenen australischen Zeitungen seine vollkommene Bestätigung findet) wäre nun eine solche Hoffnung eine durchaus vergebliche. Die Lage der städtischen (industriellen) Arbeiter ist in den meisten Orten eine nicht weniger als befriedigende, an manchen Orten aber eine geradezu traurige. So fand sich auch unser Genosse, obwohl er nicht nur ein guter Arbeiter ist, sondern auch fertig englisch spricht, und obwohl er glücklich genug war, in einer der ersten Werkstätten Sydneys Arbeit zu bekommen, von seinen Träumen sehr enttäuscht. Und mit ihm waren es sämtliche Neuzugewanderten. Der Arbeitslohn ist gegen früher auf die Hälfte herabgesetzt (unser Genosse verdient 2 Vir. 8 Sh. — 48 Mt. was aber bei den enormen Lebensmittelpreisen sehr gering ist). Tausende von Arbeitern aber würden bei anständiger Behandlung gern lediglich um's Essen arbeiten, wenn sich nur Beschäftigung für sie fände. Am allerschlimmsten sind natürlich diejenigen daran, welche nicht englisch verstehen. Es kann deshalb, schließt unser Genosse in Queensland vor einer Auswanderung nach Australien und allen Verlockungen hiezu nicht genug gewarnt werden. — Wir schließen uns dieser Warnung vollkommen an und zwar um so mehr, als die prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie gegen jede systematische Auswanderung längst bekannt ist. Unser Australien, Amerika u. c. u., das Land unserer Hoffnung liegt in Deutschland; arbeiten wir alle nach besten Kräften, daß recht bald niemand, außer den Unterdrückten, Ausbeutern, Volkshindern und Faulenzern, mehr eine Ursache hat, das Land seiner Geburt und seiner Freunde zu fliehen.

Briefkasten.

der Expedition: J. R. D. Tropes: Nr. 5, — Ab. u. n. Z. erh. — A. P. — wies: Nr. 3, — erh. Sollen nicht verschmähen. Mit B. — n. Fühlung haben! — C. P. C. a. Nr. 3, — erh. — R. 8. — burg a. C.: Nr. 4, 45 erh. Auch durch „Neugierde und Theilnahme“ ist der Sache nichts gedient, im Gegentheil Gedult, Vertrauen, Muth und Hülfe hilft. — J. J. L. — G. Nr. 2, — erh. Sdht. fort. — Max — J. B. Nr. 10, — erh. Alles besorgt. — D. Ber. Frauenfeld: Nr. 2, — Ab. 3. Cu. erh. — C. K. K. a. Nr. 3, — Ab. 3. Cu. u. hier. Beim Geströhren besser aufpassen, sonst unlosbar und Ihr eigener Schaden! — Elm., Niesb.: Nr. 2, — Ab. 3. Cu. erh. — Fiedler: Nr. 3, Ab. 3. Cu. erh. für Mehrertrag dort sorgen! C. Peter: Nr. 3, Ab. 3. Cu. erh. vom Bad mittheilen. — Rothschilgen: Nr. 9. u. 11. u. 12. u. hier. Nr. 18, — nach Vorfr. berichtigt. Alles nebst Erfas. fort; 26 u. 27 bei hartem Rebel. — J. B., Christiana: Dg. am 12. 7. abgg. Gruß! — C. M., Amsterdam: Nr. 2, — Ab. 3. Cu. erh. K. M. hier. Gruß! — Cellule: Nr. 4, 80 Ab. 3. Cu. u. Schrift. erh. Sdgt. abgg. Adr. splter. — Schmid a. d. Donau: Nr. 9, — Ab. 3. Cu. erh. — Ref. Fg. Nr. 3, — durch C. erh. — V. B.: Antwp.: Nr. 26, 50, Ab. Fonds und Annonce. erh. Alles besorgt. Annonce u. Raumangel splter. — Redbat: Nr. 9. u. 11. hier. Alles besorgt. Jetzt kommen 55 nebst Nachtr. Die Hauptpatienten u. H. a. B. bitte dem Dr. E. gelegentlich nachhaft voranzustellen. — Bergmeister in G.: Ab. 3. Cu. erh. Weiteres siehe Fondquittungen, Sdht. anlangend, Nr. 6, u. 8. Febr. Der Andere „Ischer u. treise“, wie's gerade der Appetit zuläßt, Flugbl. Preis steht in Nr. 9 u. 3. Sdgt. folgt. Gruß! Br. — Petrolium: Nr. 4, — Ab. 3. Cu. u. A. P. u. C. K. d. d. erh. Xd. fort. — Anträge: Nr. 9. u. 10. hier. F. Berechnung u. c. lag nicht bei, aber Nr. 5 u. 10. Idquittung. Sollst [?] Adr. nummerieren, meinte ich. — C. B. A. — H.: Nr. 2, — Ab. 3. Cu. erh. Alles richtig. erhalten. Gruß u. Dank. — A. Kri. — tel.: Nr. 3, — Ab. 3. Cu. erh. „Starke's Convert u. leicht Gewicht“ ist auch unser Ideal — C. Th. vom Rain: Nr. 3, — Ab. 3. Cu. u. erh. — K. L. 10 X: Nr. 3, — Ab. 3. Cu. erh. Weiteres vorgemerkt. — C. B. in Z.: Nr. 12, 60 erh. Porto kostet Nr. 1, 100. Alles wird besorgt. — Gustaf: Nr. 9. u. 1. 7. erh. am 12. durch G. erh., den v. 8. d. am 11. Schriften folgen. Sdht's Material sehr gut. Zum G. vorgem. Weiteres berichtet H. Haindgr. hier gelang. Alleits beste Grüße! — Jünder: Nr. 9. u. 10. hier. Sdht. orientirt. Strengste Vor. mit R. Geld sichere Nachricht über R. B. M. senden. Wir haben lautere pr. 1. April. Nr. 36, 85. — R., London: Nr. 9. u. 3. 7. u. hier. Dank! — Montevideo: Thun Sie Möglichstes. Es gibt Leute, deren einziger Ruhm die Gemeinheit ist. G. „C. M.“ fort. Weiteres brich.

Bei meiner schnellen Abreise von Heidelberg sage ich allen Freunden und Freunden und Parteigenossen ein herzliches Lebewohl.
Zürich, 10. Juli 1880.

Chr. Waiblinger.

Durch die Expedition des „Sozialdemokrat“ und die Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich ist zu beziehen:

Die soziale Baukunst

oder
Gründe und Mittel für den Aufbau und Wiederaufbau der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Von
J. Alois Petzler.

Dieses für das Studium und die Lösung der sozialen Frage wichtige Werk wird im Verlage der Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich, sowohl in Einzelleistungen als auch gebunden in zwei Bänden erscheinen. Die ersten drei Hefte sind bereits erschienen.

Preis: 50 Cts. das Heft.

Der Reinertrag ist für die Opfer des Sozialisten-Gesetzes bestimmt.